

# Eine Studie für die Öffentlichkeit

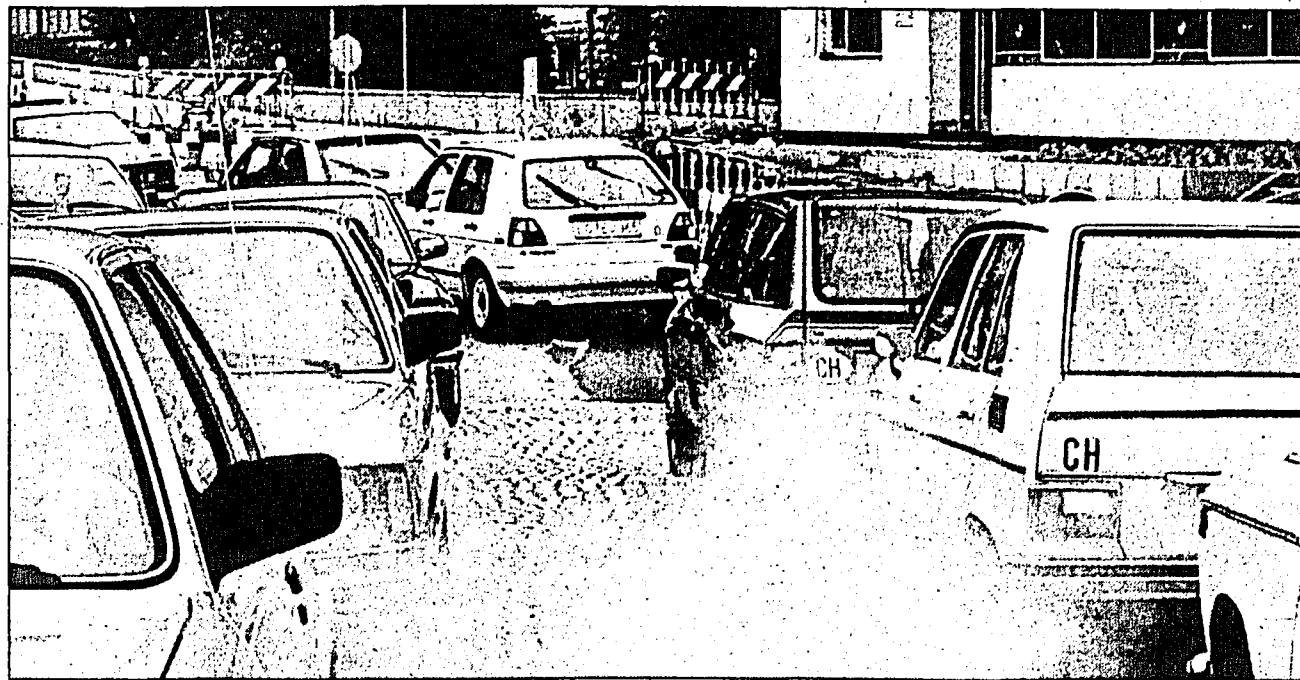
Nachhaltiger Verkehr im Oberen Rheintal: Studie mit wenig Substanz für Verbesserungen

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 22. Oktober 2002 die Studie «Nachhaltiger Verkehr im Oberen Rheintal» zur Kenntnis genommen. Des Weiteren hat die Regierung beschlossen, die Studie der interessierten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Anlässlich des nächsten Treffens der Arbeitsgruppe «Regionale Verkehrsplanung auf Regierungsebene», die am 29. November stattfinden wird, werden die beteiligten Regierungsmitglieder aus Liechtenstein, Vorarlberg, St. Gallen und Graubünden über das weitere Vorgehen diskutieren. Bereits am 14. Juni 2002 wurde die Studie «Nachhaltiger Verkehr im Oberen Rheintal» in Vaduz präsentiert. Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck untermauerte im Zusammenhang mit der Präsentation der Studie, dass sich Liechtenstein eine fundierte Zusammenarbeit betreffend die nachhaltige Verkehrsplanung in unserer Region wünsche. «Liechtenstein wird jederzeit dazu Hand bieten, an vernünftigen Lösungen zu arbeiten, welche der Bevölkerung entgegenkommen», so die Verkehrsministerin. Trotz der Bereitschaft und dem Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit auf regionaler Ebene machte Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck deutlich, dass sich die ablehnende Position Liechtensteins gegenüber dem Projekt «Letzetunnel» nicht geändert habe. «Die Regierung spricht sich gegen dieses Projekt aus, sofern dadurch in Liechtenstein Mehrverkehr entsteht.»

## Generalisierende Studie

Die Studie «Nachhaltiger Verkehr im Oberen Rheintal» wurde von der Vorgängerregierung im Frühjahr 2000 als sogenannte «trilaterale Studie» zwischen Liechtenstein, Vorarlberg und der Schweiz in Auftrag gegeben. Im Zeitraum von fast zwei Jahren entstand ein Papier, das einerseits verschiedene Entwicklungsszenarien aufzeigt, andererseits einen Massnah-



Die Regierung hat in ihrer Sitzung die Studie «Nachhaltiger Verkehr im Oberen Rheintal» zur Kenntnis genommen.

menkatalog aufstellt, welcher dazu geeignet wäre, die Nachhaltigkeit in unserer Region zu gewährleisten. Der Inhalt der Studie neigt aber dazu, entsprechende Massnahmen, die zur Verbesserung der Verkehrsentwicklung beitragen könnten, nicht konkret auszuführen, sondern in generalisierender Weise zu umschreiben. Konkrete Ansatzpunkte zur Entwicklung lassen sich kaum feststellen. Die Studie zeigt auch keine treffenden Argumente und Lösungsansätze für Liechtenstein, welche Mehrverkehr wirksam bekämpfen könnten. Verschiedene Massnahmen, die aufgezeigt werden, hätten einzig zur Folge, dass Verkehr umgelagert, aber nicht reduziert würde.

## Sieben Massnahmen, kaum Lösungen

In der Studie werden sieben verschiedene Policy-Massnahmen vorgeschlagen, um dem Aspekt der Nachhaltigkeit im Bereich Verkehr nachkommen zu können. Betrachtet man diese Policy-Massnahmen deutlicher, so muss festgestellt werden, dass bekannte Aspekte und Massnahmen wiedergegeben werden, ohne neue

Perspektiven aufzuzeigen. Andere Policy-Massnahmen können auf regionaler Ebene nicht umgesetzt werden, da es sich hierbei um Ideen handelt, die einer europaweiten Grundsatzklärung bedürfen. Dass diese Ideen auf regionaler Ebene forciert werden können, muss bezweifelt werden.

Zentral erschien in der Studie zudem die Aussage, dass mit den vorgeschlagenen Policy-Paketen nicht alle Ziele erreicht werden können. Die Studie bringt zum Ausdruck, dass - bei einer Umsetzung aller postulierten Massnahmen - Zielkonflikte bleiben, die auf andere Art und Weise gelöst werden sollen. Im Zentrum dieser verbleibenden Zielkonflikte werden «übermässige lokale Belastungen», «Klimaziele» sowie eine positive Änderung des Modalsplits angeführt. Genau diese Ziele der Nachhaltigkeit werden durch die von der Studie angeführten Massnahmen ausgeklammert. Die Regierung ist aber davon überzeugt, dass genau diese in der Studie unberührten Felder berücksichtigt werden müssten, um effektive Verbesserungen zu erreichen. Die Studie, von der ehemaligen Regierung in Auftrag

gegeben, bringt also für die heutige Politik kaum brauchbare Vorarbeiten, um die vielbesagte Ernte in der Verkehrspolitik einzufahren. Dazu bietet die Studie zu wenig Substanz und Aussage.

## Wie weiter?

Am 29. November werden sich die betroffenen Regierungsmitglieder aus Liechtenstein, St. Gallen, Vorarlberg und Graubünden treffen, um den Inhalt der Studie gezielt zu besprechen und die weitere Vorgehensweise festzulegen. Es stellt sich im Vorfeld des Gesprächs schon die Frage, wie viele der sieben Massnahmen auf gemeinsames Interesse stossen werden. Es ist abzusehen, dass lediglich im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemeinsame Interessen bestehen, um die regionale Verkehrsplanung weiter zu forcieren. Ein wichtiger Diskussionspunkt wird die Anregung von Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck sein: im Sinne der Region soll ein gemeinsames regionales Gesamtverkehrskonzept entwickelt werden, welches konkrete Vorschläge zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrs aufzeigen wird. (paf)

## Kostenbeteiligung

Die International School Rheintal soll für ihren Betrieb für die Jahre 2003 und 2004 einen jährlichen Beitrag von jeweils 175 000 Franken erhalten. Die Regierung hat einen entsprechenden Bericht und Antrag zuhanden des Landtags verabschiedet. Mit dieser finanziellen Förderung will die Regierung einen Beitrag zur Stärkung und Imageförderung unseres Wirtschaftsstandorts leisten. Die International School Rheintal ist eine englischsprachige Ganztageschule. Sie ist die erste international orientierte rein englischsprachige Tagesschule in der Region Rheintal. Die Mehrheit der Kinder werden von ausländischen Eltern oder einheimischen Eltern mit internationaler Ausrichtung stammen. Das Schulprojekt wurde initiiert, um dringend benötigten Spitzenkräften ein interessantes Arbeitsplatzangebot machen zu können. Mit der Möglichkeit, eine internationale Schule besuchen zu können, wird die zunehmend schwieriger werdende Rekrutierung von internationalen Spitzenkräften für die einheimischen Unternehmen erheblich erleichtert. (paf)

## Jeder Vierte zu schnell

ESCHEN/BENDERN: Am Dienstagmittag führte die Landespolizei in Eschen und Bendern Innerortsgeschwindigkeitskontrollen durch. 792 Fahrzeuge passierten während der Kontrollzeit die Messstelle. Jeder vierte Lenker hielt sich nicht an die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, wobei ca. 140 Fahrer im Bereich zwischen 56 und 60 km/h lagen. Das schnellste Fahrzeug wurde mit 76 km/h gemessen. (lpf)

## Motorkettensägen gestohlen

SCHAANWALD: In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurden an der Feldkircher-Strasse in Schaanwald aus einem offenen Fahrzeugunterstand bei einem Einfamilienhaus zwei Motorkettensägen gestohlen. Bei den Geräten handelt es sich um eine «Husqvarna» und eine «Stihl» im Wert von ca. CHF 1000.-. Über die Täterschaft liegen bis anhin keine Hinweise vor. (lpf)

## Schwimmkurs für Erwachsene

SCHAAN: Elementare Wassergewöhnung; Schweben, Gleiten, Atmen; Einführung in Rückenschwimmen evtl. Brustschwimmen; Anwenden im Niederwasser evtl. brusttiefen Wasser. Der Kurs 218 unter der Leitung von Ludwig Giesinger beginnt am Donnerstag, 24. Oktober 2002, 20.00 Uhr im Schulzentrum Eschen. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein-Egerta in Schaan, Tel. 232 48 22 oder per E-Mail: info@stein-egerta.li

## Technologische Grundlagen stärken

### Zusammenarbeit im Europäischen Forschungsraum

Die Regierung hat einen Bericht und Antrag über das sechste Rahmenprogramm der EG im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Ziel des sechsten Rahmenprogramms ist es, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie

in der Gemeinschaft zu stärken und die Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie alle Forschungsmassnahmen zu unterstützen, die für den europäischen Forschungsraum erforderlich gehalten werden. Der Gemeinsame EWR-Ausschuss wird voraussichtlich in seiner Sitzung vom 8. November 2002 beschliessen, den Beschluss über das sechste Rahmenprogramm ins EWR-Abkommen zu übernehmen. Die Über-

nahme des Programmbeschlusses ermöglicht den EFTA/EWR-Staaten eine Teilnahme an Forschungsprojekten des sechsten Rahmenprogramms. Um bei den Projektausschreibungen der EU berücksichtigt zu werden, ist es wichtig, dass die Teilnahme der EFTA/EWR-Staaten beim Programmstart im Januar 2003 gesichert ist. Für Liechtenstein entsteht durch die Teilnahme ein finanzieller Aufwand von ungefähr 4.2 Millionen Franken. Dieser Betrag ist

für den gesamten Auszahlungszeitraum von etwa 9 Jahren berechnet. Demgegenüber stehen unserer Industrie sowie den Klein- und Mittelunternehmen verschiedenste Möglichkeiten offen, sich mit Projekten am Programm zu beteiligen. Durch eine rege Teilnahme von Unternehmen aus Liechtenstein am fünften Rahmenprogramm flossen Gelder in Form von Projektförderungen der EU wieder nach Liechtenstein zurück. (paf)

## Berufliche Bildung im Wandel

### «Neue Wege des Lehrens und Lernens in der Ausbildung» - Forum auf der Messe «Intertech»

Der Strukturwandel in der Wirtschaft wird sich auf die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Anforderungen an die berufliche Bildung auswirken.

«Neue Wege des Lehrens und Lernens in der Ausbildung» stehen deshalb im Mittelpunkt eines grenzüberschreitend ausgerichteten Forums am 8. November 2002, das die Arbeitsgruppe «Grenzüberschreitende berufliche Bildung» der Internationalen Bodensee-Konferenz veranstaltet. Die Referenten sind ausgewiesene Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Die Arbeitsgruppe «Grenzüberschreitende berufliche Bildung» der IBK befasst sich mit der zukunftsorientierten grenzüberschreitenden Berufsausbildung in der Regio Bodensee und initi-

iert unter anderem internationale Lehrlings- und Lehrendenaustausche.

### Neue Wege aufzeigen

Ein Hauptziel der Arbeitsgruppe ist es, wie ihr Vorsitzender Manfred Wolfensperger betont, neue Wege im Berufsbildungsbereich aufzuzeigen, um für junge Auszubildende die bestmöglichen Voraussetzungen für den späteren Berufsalltag zu schaffen. Die Arbeitsgruppe «Grenzüberschreitende berufliche Bildung» setzt sich hierbei länderübergreifend (Deutschland-Schweiz-Österreich) für eine Angleichung der Lehrinhalte und eine gegenseitige Anerkennung der Berufe ein.

Alle Länder und Kantone der Regio Bodensee stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Überall zeichnet sich

ein Mangel an Fachkräften ab, die über Qualifikationen verfügen, die in Zukunft gefordert sein werden. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann dieser Situation in besonderer Weise begegnet werden.

Beim diesjährigen Forum «Neue Wege des Lehrens und des Lernens» auf der Intertech in Dornbirn referieren Professor Dieter Euler, Universität St. Gallen, (Neue Anforderungen der Arbeitswelt), Arthur Fischer, psydata-Institut für Marktanalysen, Frankfurt am Main, (Berufliche Bildung vor dem Hintergrund der biografischen Planung), Klaus Lorenz, Kultusministerium Baden-Württemberg, (Lösungsansätze der Beruflichen Schulen), Egon Blum, Firma Julius Blum GmbH, Höchst, (Lösungsansätze aus Sicht der Wirtschaft).

Das Forum richtet sich vor allem an Ausbildungsverantwortliche in den Unternehmen und an Lehrende in überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Schulen. Das Forum bietet eine grosse Chance zur Information und verstärkten Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungsträger in der Regio Bodensee.

Die Veranstaltung findet am Freitag, 8. November von 10 bis 15 Uhr auf dem Messegelände in Dornbirn, Halle 7, 1. Stock statt. Unkostenbeitrag 15 Euro (incl. Tagungsunterlagen, Imbiss, Messe Eintrittskarte). Anmeldungen nimmt entgegen: Marion Bauer, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Theodor-Heuss-Str. 4, D-70174 Stuttgart, Tel.: 0049 (0)711 123 2398, Fax: 0049 (0)711 123 2094, E-Mail: marion.bauer@wm.bwl.de (paf)

ANZEIGE

HALTUNG ZEIGEN - SAFER SEX

STOP AIDS

AIDS-HILFE LIECHTENSTEIN  
Tel. +423/232 05 20